



N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 66. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 5. Dezember 2019, 11 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD)	Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Volker Nielsen (CDU)	
Ole-Christopher Plambeck (CDU)	
Anette Röttger (CDU)	i. V. v. Tobias Koch
Bernd Heinemann (SPD)	i. V. v. Birgit Herdejürgen
Beate Raudies (SPD)	
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Lasse Petersdotter
Annabell Krämer (FDP)	
Jörg Nobis (AfD)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Sachstandsbericht des Bildungsministeriums zur Förderung des Verbands Deutscher Sinti und Roma e. V. - Landesverband Schleswig-Holstein - sowie Bitte um Entscheidung bezüglich der Rückforderungsansprüche und der Aufhebung des Beschlusses vom 20. September 2017	6
	Berichts Antrag der Fraktion der AfD Umdruck 19/3116	
	Berichte des Bildungsministeriums vertrauliche Umdrucke 19/3258 und 19/3319	
2.	Das UKSH braucht eine bessere Ausstattung - Maximalversorgung auf Spitzenniveau sichern	7
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1093	
	Das UKSH weiter stärken	7
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1128	
	Gemeinsam für die Zukunft des UKSH	7
	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/3332	
	Vertrauliche Vorlage des Wissenschaftsministeriums vertraulicher Umdruck 19/3339	
3.	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1563	
	Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 19/3326	
4. a)	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)	10
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1600	

b)	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020	10
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1601	
	Umdruck 19/3324 - Einzelplan 04 Umdruck 19/3323 - Einzelplan 06 Umdruck 19/3315 - Einzelplan 07 Umdruck 19/3321 - Einzelplan 09 Umdruck 19/3322 - Einzelplan 10 Umdruck 19/3318 - Einzelplan 11 Umdruck 19/3327 - Einzelpläne 13, 14 und 16	
	Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf 2020	10
	Umdruck 19/3325	
	Änderungsanträge der Fraktionen	
	SPD, Umdruck 19/3297 AfD, Umdruck 19/3301 SSW, Umdruck 19/3296 CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Umdruck 19/3189 (neu) <u>1</u> Umdruck 19/3294 CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Umdruck 19/3227 <u>1</u> Umdruck 19/3289 <u>1</u> Umdruck 19/3316 <u>1</u> Umdruck 19/3333 <u>1</u> Umdruck 19/3298 (neu) <u>1</u> Umdruck 19/3331	
5.	Bemerkungen 2019 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2017	14
	und	14
	Bericht der Landesregierung zur Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2017	14
	Drucksache 19/1077	
	Votenentwurf der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung Umdruck 19/3338	
6.	Information/Kennntnisnahme	15
	Umdruck 19/3240 - Antworten auf Fragen zu Einzelplan 07 Umdruck 19/3262 - Antworten auf Fragen zu Einzelplan 12 Umdruck 19/3263 - Antworten auf Fragen zu Einzelplan 13 Umdruck 19/3268 - Zielvereinbarung Alte Muthesius Kunsthochschule Umdruck 19/3271 - Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie ISIT Umdruck 19/3284 - Sachstandsbericht KoPers Umdruck 19/3307 - Verwaltungsvereinbarung Landeslabor Umdruck 19/3314 - Bildungszentrum der Steuerverwaltung Malente Umdruck 19/3317 - Einheitliche Schulverwaltungssoftware Umdruck 19/3320 - Beschlüsse der 33. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vertraulicher Umdruck 19/3279 - Abschiebehafteinrichtung Glückstadt	

7. Verschiedenes

16

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 11:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, [Umdruck 19/3319](#) (Förderung des Verbands Deutscher Sinti und Roma e.V.) und [Umdruck 19/3339](#) (UKSH) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Sachstandsbericht des Bildungsministeriums zur Förderung des Verbands Deutscher Sinti und Roma e. V. - Landesverband Schleswig-Holstein - sowie Bitte um Entscheidung bezüglich der Rückforderungsansprüche und der Aufhebung des Beschlusses vom 20. September 2017

Berichts Antrag der Fraktion der AfD
[Umdruck 19/3116](#)

Berichte des Bildungsministeriums
vertrauliche [Umdrucke 19/3258 und 19/3319](#)

(nicht öffentlich und **vertraulich** gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO, siehe vertraulichen Teil der Niederschrift)

2. **Das UKSH braucht eine bessere Ausstattung - Maximalversorgung auf Spitzenniveau sichern**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1093](#)

Das UKSH weiter stärken

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1128](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2018 an den **Finanzausschuss**, den Sozialausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/2323](#), [19/2473](#) (vertraulich), [19/2650](#) (vertraulich), [19/2659](#) (vertraulich), [19/2673](#)

Gemeinsam für die Zukunft des UKSH

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/3332](#)

Vertrauliche Vorlage des Wissenschaftsministeriums
vertraulicher [Umdruck 19/3339](#)

Auch diesen Tagesordnungspunkt berät der Ausschuss zunächst in vertraulicher Sitzung (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss - vorbehaltlich des Votums des an der Beratung beteiligten Sozialausschusses -, den interfraktionellen Antrag [Umdruck 19/3332](#) anzunehmen und die beiden Ursprungsanträge [Drucksachen 19/1093](#) und 19/1128 für erledigt zu erklären,.

3. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1563](#)

(beraten am 12. September und 7. November 2019)

Vorlage des Finanzministeriums
[Umdruck 19/3326](#)

Finanzministerin Heinold bekräftigt das Ziel der Landesregierung, die Sanierung der Infrastruktur mithilfe der Sondervermögen (insbesondere IMPULS) voranzutreiben. Daher sollten bei der möglichen Zuführung von Haushaltsüberschüssen an Sondervermögen Inanspruchnahmen des Landes durch die hsh finanzfonds AöR im Einklang mit dem aktuell gültigen Ausführungsgesetz zu Artikel 61 der Landesverfassung unberücksichtigt bleiben können. Außerdem denke man darüber nach, mit der Verwaltung des KI-Sondervermögens nicht die Investitionsbank, sondern die Bundesbank zu betrauen.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer wendet ein, die Landesregierung wolle auch künftig den Sondervermögen weitere Mittel zuführen und gleichzeitig im Haushalt Schulden machen. Denn anders als bisher könne das Land die Zahlungen für die info-Schulden kreditfinanzieren. Die neue Regelung erhöhe den Spielraum, Ausgaben zu tätigen beziehungsweise Kredite aufzunehmen, sowie die Verschuldung des Landes und konterkariere die Schuldenbremse und die Konsolidierungsanstrengungen.

Abg. Raudies bemängelt, dass die Fraktionen keine Zeit gehabt hätten, über die Vorlage zu beraten, und erinnert daran, dass der Finanzausschuss die Themen Schuldenbremse, Verschuldung und Schuldentilgung im Januar 2020 inklusive einer Anhörung ausgiebig beraten werde.

Ministerin Heinold erläutert die Zielsetzung der Gesetzesänderung, Haushaltsüberschüsse nicht nur für die Tilgung von HSH-Schulden zu verwenden, sondern Sondervermögen und damit Investitionen zuzuführen. 2019 plane die Landesregierung, 100 Millionen € zu tilgen und 350 Millionen € kreditfinanziert zu übernehmen. Die HSH-Altlast dürfe nicht zu einer Art Investitionsbremse für das Land werden.

Während Abg. Harms die Gesetzesänderung sinnvoll findet, sieht Abg. Nobis darin „eine weitere Verwässerung der Schuldenbremse“.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD bei Enthaltung der SPD stimmt der Ausschuss der in [Umdruck 19/3326](#) niedergelegten Gesetzesänderung zu und empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 19/1563](#) mit dieser Änderung anzunehmen und seine alte Beschlussempfehlung [Drucksache 19/1811](#) aufzuheben.

4. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1600](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1601](#)

(überwiesen am 25. September 2019)

Änderungsvorschläge der Landesregierung (Nachschiebeliste)
[Umdruck 19/3227](#)

Antworten auf Fragen zur Nachschiebeliste

[Umdruck 19/3324](#) - Einzelplan 04
[Umdruck 19/3323](#) - Einzelplan 06
[Umdruck 19/3315](#) - Einzelplan 07
[Umdruck 19/3321](#) - Einzelplan 09
[Umdruck 19/3322](#) - Einzelplan 10
[Umdruck 19/3318](#) - Einzelplan 11
[Umdruck 19/3327](#) - Einzelpläne 13, 14 und 16

Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf 2020

[Umdruck 19/3325](#)

Änderungsanträge der Fraktionen

SPD	Umdruck 19/3297
AfD	Umdruck 19/3301
SSW	Umdruck 19/3296
CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW	Umdruck 19/3189 (neu)
	Umdruck 19/3294
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP	Umdruck 19/3227
	Umdruck 19/3289
	Umdruck 19/3316
	Umdruck 19/3333
	Umdruck 19/3298 (neu)
	Umdruck 19/3331

Eine Frage von Abg. Raudies zu [Umdruck 19/3321](#) beantwortet Herr Kühle, stellvertretender Haushaltsbeauftragter des Justizministeriums, dahin, mit den insgesamt sieben Arztstellen sei der Bedarf in allen Justizvollzugsanstalten des Landes abgedeckt.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer bittet um eine schriftliche Erläuterung zur Kostensteigerung bei Bundesteilhabegesetz, Eingliederungshilfe und Sozialhilfe ([Umdruck 19/3322](#), Seiten 3 und 4).

Zu [Umdruck 19/3318](#) bittet Abg. Raudies um eine schriftliche Antwort auf die Frage, warum die Planungskosten für das Ersatzbauwerk der Rader Hochbrücke und das Ersatzbauwerk der Fehmarnsundbrücke nicht in Einzelplan 06 veranschlagt würden und inwieweit die Planungskosten für die Rader Hochbrücke von der DEGES getragen würden.

Bei [Umdruck 19/3327](#) fragt Abg. Raudies nach der Richtlinie zur Förderung der E-Mobilität. Außerdem problematisiert sie das Förderprogramm zum Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger, das zusätzliche Personal- und Sachkosten erfordere, viele kleine Fördersummen gewähre und die Gefahr von Mitnahmeeffekten enthalte.

Herr Koppe, Haushaltsbeauftragter des Umweltministeriums, teilt mit, die Richtlinie zur Elektromobilität liege zur Notifizierung bei der EU. - Abg. Raudies bittet das Umweltministerium, die Zeitabläufe zur Erarbeitung und Weiterleitung der Förderrichtlinie noch einmal schriftlich zu erläutern.

Der Ausschuss nimmt die Antworten der Landesregierung auf Fragen zur Nachschiebeliste ebenso zur Kenntnis wie die Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf 2020.

Der Änderungsantrag der SPD zum Haushalt, [Umdruck 19/3297](#), wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Der Haushaltsantrag der AfD, [Umdruck 19/3301](#), wird gegen die Stimme der AfD mit den Stimmen aller anderen Ausschussmitglieder abgelehnt.

Aus dem Änderungsantrag des SSW, [Umdruck 19/3296](#), werden Punkt 29 (Bücherbus der Dänischen Zentralbibliothek) einstimmig sowie die Nummern 30 (Nordisk Informationskontor),

56 (Landeskoordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit, ergänzt um eine weitere Verpflichtungsermächtigung für 2023 in Höhe von 126.700 €) und 59 (Zentrum für selbstbestimmtes Leben) bei Enthaltung der AfD mit den Stimmen aller anderen Ausschussmitglieder angenommen. Die Gegenfinanzierung dieser Mehrausgaben soll bei Haushaltstitel 11 11-461 01 - Globale Mehrausgaben für Personalausgaben - erfolgen. - Die übrigen SSW-Anträge aus [Umdruck 19/3296](#) werden mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Der interfraktionelle Änderungsantrag, [Umdruck 19/3189](#) (neu), wird für erledigt erklärt, weil dieser Antrag Bestandteil der Nachschiebeliste ist.

Der interfraktionelle Änderungsantrag [Umdruck 19/3294](#) wird gegen die Stimme der AfD mit den Stimmen aller anderen Mitglieder angenommen.

Die folgenden von der Landesregierung eingebrachten Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf werden von den Koalitionsfraktionen als Änderungsantrag übernommen. Die Nachschiebeliste, [Umdruck 19/3227](#), wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD bei Enthaltung von SPD und SSW angenommen.

[Umdruck 19/3289](#) (Gemeinschaftsaufgabe, Gülle) wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD bei Enthaltung von SPD und SSW angenommen.

[Umdruck 19/3316](#) (Afrikanische Schweinepest) wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung von SPD und AfD angenommen.

Rechnungshof und Abg. Raudies äußern Bedenken gegen die von der Landesregierung gewünschte Haushaltsermächtigung, zur Umsetzung einer Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs erforderliche Haushaltstitel einzurichten ([Umdruck 19/3333](#)).

Finanzministerin Heinold erläutert, es gehe nicht um die Vorwegnahme der Reform des kommunalen Finanzausgleichs, sondern darum, den Kommunen zu ermöglichen, Bundesmittel in Höhe von 34 Millionen € auch für Zwecke des ÖPNV zu nutzen.

[Umdruck 19/3333](#) (kommunale Landesverbände) wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der AfD angenommen.

Der Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 19/3298](#) (neu), wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und AfD bei Enthaltung des SSW angenommen (ohne Nummer 34, die von den Antragstellern zurückgezogen wird).

Der Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 19/3331](#), wird bei Enthaltung der AfD mit den Stimmen der anderen Ausschussmitglieder angenommen.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen von SPD und AfD empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, das Haushaltsgesetz, den Haushaltsplan und das Haushaltsbegleitgesetz ([Drucksachen 19/1600](#) und [19/1601](#)) mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

5. Bemerkungen 2019 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2017

und

Bericht der Landesregierung zur Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2017

[Drucksache 19/1077](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2018)

Votenentwurf der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung

[Umdruck 19/3338](#)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung zu erteilen und die Voten zu den Bemerkungen 2019 des Landesrechnungshofs mit einer Ergänzung im letzten Satz bei Textziffer 28 (Eingliederungshilfe, [Drucksache 19/1816](#)) anzunehmen.

6. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 19/3240](#) - Antworten auf Fragen zu Einzelplan 07
- [Umdruck 19/3262](#) - Antworten auf Fragen zu Einzelplan 12
- [Umdruck 19/3263](#) - Antworten auf Fragen zu Einzelplan 13
- [Umdruck 19/3268](#) - Zielvereinbarung Alte Muthesius Kunsthochschule
- [Umdruck 19/3271](#) - Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie ISIT
- [Umdruck 19/3284](#) - Sachstandsbericht KoPers
- [Umdruck 19/3307](#) - Verwaltungsvereinbarung Landeslabor
- [Umdruck 19/3314](#) - Bildungszentrum der Steuerverwaltung Malente
- [Umdruck 19/3317](#) - Einheitliche Schulverwaltungssoftware
- [Umdruck 19/3320](#) - Beschlüsse der 33. Veranstaltung „Jugend im Landtag“
- vertraulicher [Umdruck 19/3279](#) - Abschiebehaftereinrichtung Glückstadt

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis, bis auf die [Umdrucke 19/3271](#) und 19/3284, die als eigenständiger Tagesordnungspunkt im Januar 2020 beraten werden sollen.

Zu [Umdruck 19/3263](#) bittet Herr Wollny, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, das Umweltministerium darum, den Ausschuss über die Höhe der Zinsgewinne der Nationalparkstiftung zu informieren.

Zum [Umdruck 19/3314](#) merkt Präsidentin Dr. Schäfer an, dass sich die Kosten der Sanierungsmaßnahmen des Bildungszentrums der Steuerverwaltung mittlerweile verdreifacht hätten.

7. Verschiedenes

Die nächste Finanzausschusssitzung findet am 9. Januar 2020 statt.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer